

„Der Kampf um die Deutung tobt noch“

USA-Experte Martin Thunert zum Sturm auf das Kapitol

Von Michael Abschlag

Heidelberg. Martin Thunert (Foto: zg) ist Politikwissenschaftler am Heidelberg Center for American Studies (HCA).

> Herr Thunert, vor einem Jahr stürmte ein wütender Mob das Kapitol. Wie hat dieses Ereignis die USA verändert?

Er hat sie natürlich verändert, weil so etwas in der moderneren Geschichte der USA noch nicht vorgekommen ist. Das ist eine Zäsur, doch die amerikanische Gesellschaft ist so gespalten, dass sie sich im Moment auf keinen gemeinsamen Nenner einigen kann, was die Deutung dieses Ereignisses und die Schuldfrage angeht. Umfragen zeigen zwar, dass ein Großteil der Amerikaner dieses Ereignis für sehr besorgniserregend hält. Doch der Kampf um die Deutung tobt nach wie vor, und er lässt wenig Gemeinsamkeiten zu.

> Das heißt, die Anhänger der Republikaner und Trumps sehen das positiv?

Ich bin mir nicht sicher, ob sie das Ereignis tatsächlich positiv bewerten. Aber da herrscht eher die Meinung vor, dass das damals eine spontane Unmutsäußerung eines Mobs war, der dann Grenzen überschritten hat. Natürlich gibt es auch Verschwörungstheoretiker, die dahinter eine Inszenierung der Demokraten oder der CIA sehen. Aber bei dem Deutungskampf geht es eher um die Frage, ob der Sturm aufs Kapitol die Demokratie gefährdet hat, ob man die Erinnerung wachhalten muss, und um die Schuldfrage. Viele Republikaner räumen ein, dass Trump etwas damit zu tun hat, aber eben nur wenig, während die Gegenseite Trump für den Hauptverantwortlichen hält. Diejenigen, die jetzt die Untersuchungskommission eingeleitet haben, hoffen darauf, dass sich daraus gerichtswertbare Anschuldigungen ergeben, die dann auch ein juristisches Nachspiel haben und verhindern, dass Trump je wieder kandidieren kann.



Die Demokratie gefährdet hat, ob man die Erinnerung wachhalten muss, und um die Schuldfrage. Viele Republikaner räumen ein, dass Trump etwas damit zu tun hat, aber eben nur wenig, während die Gegenseite Trump für den Hauptverantwortlichen hält. Diejenigen, die jetzt die Untersuchungskommission eingeleitet haben, hoffen darauf, dass sich daraus gerichtswertbare Anschuldigungen ergeben, die dann auch ein juristisches Nachspiel haben und verhindern, dass Trump je wieder kandidieren kann.

> Glauben Sie, dass es solche juristischen Konsequenzen geben wird?

Der Abschlussbericht wird erst im Sommer vorliegen. Vor wenigen Tagen ist – allerdings ohne genaue Quellenangaben – durchgesickert, dass es Erkenntnisse dazu gibt, dass Trump das Geschehen erstens verfolgt hat, und dass zweitens seine Tochter Ivanka ihn mehrfach vergeblich dazu aufgefordert hätte, einzuschreiten. Wenn das tatsächlich gerichtsfest bewiesen werden kann, könnte es sein, dass der Fall zumindest an den Bundesstaatsanwalt übergeben wird und das Justizministerium Anklage erhebt. Aber ich bin mir nicht sicher, ob Ivanka Trump tatsächlich gegen ihren Vater aussagt.

> Folgen denn die Republikaner Trump noch oder gibt es Absetzbewegungen?

Die Absetzbewegungen sind nicht so stark, wie man denken könnte. Das liegt vermutlich vor allem an einem Einverständnis großer Teile der Partei mit seiner politischen Richtung. Das heißt nicht, dass man glaubt, er hätte gut regiert. Es geht darum, Trump gegen Angriffe von Außen zu verteidigen. Aber die Frage, ob die Partei ihn in zwei oder drei Jahren als Präsidentschaftskandidat haben will, ist noch offen. Im Moment würde er es mit großer Wahrscheinlichkeit werden, aber bis zur Entscheidung ist es noch lange hin.

> Aber derzeit hätte er gute Chancen?

Ja, obwohl es auch andere ambitionierte Republikaner gibt – etwa Senator Ted Cruz, der letztes Mal knapp gescheitert ist, oder Ex-Außenminister Mike Pompeo. Derzeit würden sie sich wohl nicht aus der Deckung wagen. Aber die Entscheidung fällt frühestens 2023/24. Derzeit glaube ich, dass Trump es eher nicht werden wird.

> Hat Joe Biden die gesellschaftliche Spaltung abschwächen können?

Nein. Die Amerikaner sind in fast allen politischen Fragen gespalten – gerade auch, wenn es um Narrative geht: Gab es Wahlmanipulation? Oder gibt es nicht eher Maßnahmen zur Erschwerung der Wahlteilnahme für Minderheiten und marginalisierte Gruppen? Für letzteres gibt es mehr Evidenzen als für das Erstgenannte, dennoch glauben viele daran. Auch bei der Frage, wie die amerikanische Geschichte an Schulen behandelt werden soll, sind die Kerne der beiden Lager so weit auseinander wie schon lange nicht mehr. Auch Joe Biden hat es nicht geschafft, das zu überbrücken, zumal er Programme aufgelegt hat, die selbst seine eigene Partei spalten. Aber der Graben ist so tief, dass ihn kein Präsident überwinden könnte.



Angriff auf das Herz der US-Demokratie: Am 6. Januar 2021 drangen radikale Trump-Anhänger mit Gewalt in das Kapitol in Washington ein, den Sitz des Kongresses. Foto: dpa

Die verletzte Demokratie

Die Kapitol-Erstürmung vor einem Jahr erschütterte die USA – Trump und die Republikaner halten an der Lüge vom Wahlbetrug fest

Von Christiane Jacke

Washington. Aquilino Gonell kämpfte um sein Leben. Der Polizist stand einem wütenden Mob gegenüber und versuchte verzweifelt, die Randalierer zurückzudrängen. Es sei wie in einer „mittelalterlichen Schlacht“ gewesen, sagte Gonell später. Seine Kollegen und er hätten sich Zentimeter für Zentimeter gegen den brutalen Mob verteidigen müssen. Sie wurden geschlagen, getreten, mit Hämern und Stöcken malträtirt, mit Chemikalien besprüht. „Ich hätte sterben können an jenem Tag. Nicht ein Mal, sondern viele Male“, so der Beamte der Polizei des US-Kapitols.

Gonell überlebte. Doch er trug Blessuren davon, die vielleicht nie verschwinden werden. Das Gleiche gilt für die amerikanische Demokratie. An jenem 6. Januar 2021 geschah, was sich viele nie hätten vorstellen können: Eine fanatische Menschenmenge erstürmte den Sitz des US-Kongresses, angepeitscht von Donald Trump, dem amtierenden Präsidenten. Ein beispielloser Angriff auf das Herzstück der amerikanischen Demokratie. Der unverföhrene Versuch, ein Wahlergebnis zu kippen.

An jenem Mittwoch war der Kongress in Washington zusammengelassen, um den Erfolg Joe Bidens bei der Präsidentschaftswahl offiziell zu bestätigen.

Eigentlich eine Formalie. Doch Wahlverlierer Trump sah die Zusammenkunft als letzte Chance, sich gegen seine Niederlage aufzulehnen und das Ergebnis umzukehren. Seine über Monate orchestrierte Kampagne, die Wahl als Betrug darzustellen, fand hier ihren vorläufigen Höhepunkt.



Bei einer Rede wiegelte Trump seine Anhänger auf, zum Kapitol zu marschieren und „wie der Teufel“ zu kämpfen. Danach sah er vor dem Fernseher im Weißen Haus tatenlos zu, wie seine Unterstützer den Kongresssitz stürmten, Polizisten bis zur Erschöpfung kämpften und Senatoren und Abgeordnete unter Schreibstischen kauern um ihr Leben bangten. Fünf Menschen kamen ums Leben, darunter ein Polizeibeamter.

Gonell beschrieb Monate später mit anderen Polizisten bei einer Anhörung im Kongress unter Tränen, wie er jene Stunden erlebte: die Tritte und Schläge, die Wut der Angreifer, den Schmerz, die Todesangst. Gonell trug Verletzungen da-

von an beiden Händen, seiner linken Schulter, seinem linken Bein und dem rechten Fuß. Er musste mehrmals operiert werden. Und die Seele? Der Angriff habe bei seinen Kollegen und ihm ein bleibendes Trauma ausgelöst. „Für die meisten Leute hat der 6. Januar ein paar Stunden gedauert“, sagte er. „Aber für diejenigen von uns, die mittendrin waren, hat es nie aufgehört.“

Für die amerikanische Demokratie auch nicht. Trump überstand ein Amtsenthebungsverfahren, das im Kongress gegen ihn eingeleitet wurde. Und er setzt seinen besessenen Feldzug gegen das Wahlergebnis fort. Bis heute behauptet er ohne jede Grundlage, er sei durch Betrug um den Sieg gebracht worden. Ihm ist es gelungen, nachhaltiges Misstrauen ins Wahlsystem und demokratische Grundfesten zu säen. Umfragen zufolge glauben rund zwei Drittel der Anhänger der Republikaner, Trump sei der Wahlsieg gestohlen worden.

Verschwörungstheorien breiten sich weiter aus. Die politischen Lager stehen einander unversöhnlich gegenüber. Die Republikanische Partei hat sich trotz des 6. Januar nicht von Trump losgesagt. Im Gegenteil: Der Ex-Präsident hat die Partei im Griff und spielt mit einer möglichen Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 2024. Eine andere Führungsfigur für die Partei ist nicht in Sicht.

Nach dem Sturm auf das Kapitol gab es Hunderte Ermittlungsverfahren und Anklagen gegen jene, die sich an der Attacke beteiligten. Parallel wurde ein Untersuchungsgremium im Repräsentantenhaus eingerichtet, um die Hintergründe aufzuklären. Der Ausschuss ist Gegenstand politischer und juristischer Kämpfe. Mehrere frühere Mitarbeiter Trumps verweigern dem Gremium Auskünfte. Dennoch kommen nach und nach neue Details ans Licht.

Inzwischen ist klar, wie viele Warnungen es vorab gab, wie viele Anzeichen hinter den Kulissen ein Desaster erahnen ließen, ohne dass der hochgerüstete US-Sicherheitsapparat die nötigen Vorkehrungen traf. Inzwischen ist klar, wie viele Trump-Getreue, selbst aus seinem engsten Umfeld, versuchten, den damaligen Präsidenten zu bewegen, einzuschreiten – ohne Erfolg.

„Der 6. Januar war der Vorbote einer klaren und präsenten Gefahr“, sagt der Politikwissenschaftler William Galston von der Denkfabrik Brookings Institution. Vor einem Jahr sei der Versuch gescheitert, die Ergebnisse einer demokratischen Wahl zu kippen. „Wird das in drei Jahren (bei der nächsten Präsidentschaftswahl) auch so verlaufen? Das ist nicht so klar.“ Diejenigen, die gegen den Ausgang der Wahl 2020 angekämpft hätten, hätten „viel dazugelernt“.

„In Wirklichkeit geht es um Einschüchterung“

Wikileaks-Gründer Assange seit 1000 Tagen im Gefängnis – Angehörige besorgt – UN-Beauftragter entsetzt

Von Christoph Meyer

London. Als Stanley Kubrick einen Drehort für seinen Film „Clockwork Orange“ über die Gewaltorgien einer Gruppe junger Männer suchte, wählte er den Londoner Vorort Thamesmead. Die Trostlosigkeit der Architektur des Brutalismus mit riesigen Wohnsilos aus nacktem Beton wird dort nur noch übertroffen von den haushohen Mauern des Hochsicherheitsgefängnisses Belmarsh. Hier sitzen die gefährlichsten Verbrecher des Vereinigten Königreichs: Mörder, Vergewaltiger und Terroristen. Und hier wird Wikileaks-Gründer Julian Assange festgehalten. An diesem Mittwoch sind es 1000 Tage seit seiner Festnahme im April 2019.

Der 50 Jahre alte Australier war zunächst zu knapp einem Jahr Haft wegen Verstoßes gegen seine Kautionsauflagen verurteilt worden. Er hatte sich zuvor jahrelang in der ecuadorianischen Botschaft dem Zugriff der Behörden entzogen, die ihn wegen Vergewaltigungsvorwürfen in Schweden suchten. Die Vorwürfe wurden später jedoch aus Mangel an Beweisen fallen gelassen. Seit fast zwei Jahren wird er nun ohne Verurteilung festgehalten, denn die USA fordern seine Auslieferung.

Im juristischen Tauziehen mit Washington musste Assange erst vor kurzem einen heftigen Rückschlag hinnehmen. Der Londoner High Court gab dem Berufungsantrag der USA statt und hob das zuvor

verhängte Auslieferungsverbot wieder auf. Nun warten die Anwälte Assanges darauf, die Erlaubnis für eine erneute Berufung vor dem obersten britischen Gericht, dem Supreme Court, zu erhalten.

Die US-Justiz wirft ihm vor, gemeinsam mit der Whistleblowerin Chelsea

ren, die Veröffentlichungen hätten Kriegsverbrechen aufgedeckt.

Assanges Angehörige, vor allem seine Verlobte Stella Moris, machen sich Sorgen um seine Gesundheit. Kurz nach dem jüngsten Urteil teilte sie mit, Assange habe einen kleinen Schlaganfall erlitten, aus Stress über das Gezerre vor Gericht. „Julian quält sich und ich fürchte, dieser Mini-Schlaganfall könnte der Vorläufer für einen größeren Anfall sein“, sagte sie.

Ein Mann, der sich seit Jahren unbeirrt für die Freilassung Assanges einsetzt, ist der UN-Sonderberichterstatter über Folter, Nils Melzer. Der Schweizer Rechtsprofessor spricht inzwischen von einer Täuschung, der sich Behörden in dem Fall bedienen. „Wenn Sie denken, dass Assange ein Verräter, ein Vergewaltiger und ein Hacker ist, verurteile ich Sie dafür nicht. Sie sind getäuscht worden“, sagte Melzer Ende des vergangenen Jahres. Er fügte hinzu: „Ich konnte nicht fassen, wie viel Korruption mir in diesem Fall begegnet ist.“

Für Melzer ist klar: An Assange soll ein Exempel statuiert werden. „Die Absicht dieser Strafverfolgung ist nicht, Assange für ein echtes Verbrechen zu bestrafen, das er begangen hat“, sagte Melzer. Alles, was ihm vorgeworfen werden könne, sei die Veröffentlichung von Material, das ihm zugespielt worden sei und dessen Inhalt von öffentlichem Interesse sei. Es gehe daher in Wirklichkeit darum, andere Journalisten einzuschüchtern, so der UN-Experte.



Assange trifft 2019 bei Gericht ein. Das jahrelange Tauziehen um den Wikileaks-Gründer geht in die letzte Runde. Foto: dpa

Manning geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan sowie eine riesige Zahl diplomatischer Depeschen gestohlen und auf der Internetplattform Wikileaks veröffentlicht zu haben. Damit sei das Leben amerikanischer Informanten in vielen Ländern in Gefahr gebracht worden. Für die US-Ermittler ist Assange ein Spion. Ihm droht ein Strafmaß von bis zu 175 Jahren.

Doch seine Unterstützer argumentie-

Nato berät über Russland

Außenminister treffen sich zu Sondersitzung

Brüssel. (dpa) Die Außenminister der 30 Nato-Staaten wollen am Freitag per Videokonferenz über den russischen Truppenaufmarsch in Nähe der Ukraine und die von Moskau geforderte Vereinbarung über neue Sicherheitsgarantien beraten. Die Sondersitzung werde von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg geleitet, teilte das Militärbündnis am Dienstag mit.

Hintergrund der Beratungen sind unter anderem die bevorstehenden Treffen mit Vertretern Russlands. So soll es in der kommenden Woche Gespräche von Unterhändlern aus Moskau und Washington in Genf geben. Für den 12. Januar ist zudem eine Tagung des Nato-Russland-Rats angesetzt. Bei ihr soll es auf Botschaferebene erstmals seit rund zweieinhalb Jahren wieder einen Austausch zwischen Vertretern der Nato-Staaten und Russlands geben. Es wird erwartet, dass die Außenminister den Kurs für die Beratungen vorgeben.

Von der russischen Seite will Vize-Außenminister Alexander Gruschko dabei teilnehmen, wie die Staatsagentur Tass meldete. Zuvor hatte der Kreml bereits die Teilnahme Moskaus an den Gesprächen bestätigt. Mit dabei seien Vertreter des Außen- und Verteidigungsministeriums.

Russland will erreichen, dass sich die Nato-Staaten verpflichten, auf dem Gebiet der Ukraine und anderer Staaten Osteuropas, des Südkaukasus und in Zentralasien militärische Handlungen zu unterlassen. Zudem wird auch ein Verzicht bezüglich der Aufnahme der Ukraine in die Nato gefordert.